



Zeugen der



Zeitzeugen

Begegnen · Gedenken · Weitergeben · Zukunft gestalten ■■■

Britisches Mandat für Palästina (1/3)

Wie es begann

Eine kurze Vorgeschichte von 1880 - 1923 zu den Veränderungen in Nahost mit Bezug zu heute (2017). Als Ergänzung zum Geschichtsunterricht und als Anregung für eigene Recherchen.

David Lüllemann & Daniel Johannes Müller
Vorläufige Version vom 30.06.2017



Britisches Mandat für Palästina: Wie es begann

Juli 2016: ungefähr 100 Jahre nach der *Balfour-Erklärung* verkündet die Palästinensische Autonomiebehörde ihre Absicht Großbritannien für die *Balfour-Erklärung* zu verklagen.¹

Schon 2014 hatte sich der sogenannte *Islamische Staat* auf die Vereinbarung von *Sykes-Picot* bezogen. All das zeigt, dass die Ereignisse vor hundert Jahren im Nahen Osten in lebhafter Erinnerung sind und stark nachwirken.

In Europa scheint der Eindruck der Geschehnisse des 2. Weltkriegs die ersten drei Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts zu überschatten. Dabei ist es genau diese Zeit, die am meisten über die Hintergründe aktueller Konflikte im Nahen Osten offenbart. Im Fokus steht der britische Einfluss in der Region, insbesondere in Palästina, von 1917 - 1948.

Am Anfang steht die *Balfour-Erklärung*. Was waren hier die Hintergründe und wieso will Mahmud Abbas, Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, 2016 bzw. 2017 Großbritannien dafür zu verklagen?

Es handelt sich hierbei um eine Willenserklärung einer Weltmacht, die nach dem 1. Weltkrieg durch den Völkerbund im Rahmen des Mandats für Palästinas Teil des Völkerrechts wurde. Im Folgenden geht es darum den relevanten historischen und juristischen Aspekten nachzugehen, um die Problematik der Konflikte im Nahen Osten und in Europa besser zu verstehen.

Vorgeschichte

Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts und vor allen in den 1880ern begann ein großer Migrationsstrom von jüdischen Flüchtlingen aus dem russischen Zarenreich in die osmanische Provinz Syrien mit der Hauptstadt Damaskus.² Menschen jüdischen Glaubens flohen vor Pogromen und Verfolgung. Auch in West- und Mitteleuropa zeichneten sich trotz der rechtlichen und wirtschaftlichen Emanzipation der Juden zunehmend antisemitische Stimmungen ab. Die *Dreyfus-Affäre*³ führte zum politischen Engagement von Theodor Herzl.

In seiner 1896 erschienenen Schrift „Der Judenstaat“ führt Herzl aus wieso er sich für eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk, das zu der Zeit fast 2000 Jahre auf Wanderschaft war einsetzt. Im Wesentlichen sah er schon 1896 die existenzielle Bedrohung jüdischer Menschen in Europa und weltweit durch irrationalen Hass voraus. Diese Überlegungen führten zu politischen Bemühungen seitens einiger jüdischer Vertreter einen jüdischen Staat zu errichten. Nach internen Streitigkeiten, wo dieser Staat entstehen sollte, setzte sich schließlich das Vorhaben durch, diesen Staat auf dem Boden des historischen Heiligen Landes errichten zu wollen. Darauf hatte die jüdische Diaspora weltweit fast 2000 Jahre gehofft. Trotz Fürsprache zahlreicher Unterstützer und einer existierenden jüdischen Minderheit vor Ort wurde das Anliegen auf osmanischer Seite nicht weiterverfolgt.

¹ Siehe derStandard.at: Palästinenser wollen Großbritannien wegen Balfour-Erklärung klagen vom 28.07.2016.

² 1872 bekam die Gegend als Mutessariflik Jerusalem einen besonderen Status, unabhängig von Syrien.

³ Verurteilung eines jüdischen Offiziers der franz. Armee 1894 mit der Behauptung für Deutschland spioniert zu haben. Tatsächlich stellte sich heraus, dass es eine rein antisemitisch motivierte Verurteilung war. Der juristisch unschuldige Dreyfus wurde nach E. Solas' Schrift rehabilitiert.

Allerdings sammelten sich neben jüdischen Zionisten auch christliche Vertreter der Überzeugung,⁴ dass es an der Zeit sei, die Heimkehr des jüdischen Volkes vorzubereiten. Mit den Verdiensten von Chaim Weizmann, der als Chemiker Durchbrüche für die britische Marine erzielte, war es dann 1917 soweit. Weizmann wurde gefragt was er sich für eine Belohnung wünschte und er bezog sich sofort auf eine Heimstätte für das jüdische Volk.

Allerdings ergaben sich dann durch den Ersten Weltkrieg, in dem das Osmanische Reich mit dem Deutschen Reich gegen die *Entente*-Mächte Großbritannien und Frankreich kämpfte und schon bald an Boden verlor, neue Möglichkeiten. Um seine strategischen Optionen zu erweitern, suchte Großbritannien nach weiteren Verbündeten. Im Rahmen der *MacMahon-Hussein-Korrespondenz* 1915 hatte Großbritannien arabischen Kräften, welche im Sinne des *Empires* Krieg mit dem Osmanischen Reich führten, einen zusammenhängenden arabischen Staat bzw. Unabhängigkeit versprochen.⁵

In London sah man hier keinen Widerspruch, da es sich um das ganze Gebiet östlich Ägyptens bis westlich Irans handelte. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine konkreten und international vereinbarten Grenzen.

Entscheidung

Um sich die Unterstützung der jüdischen Gemeinden - auch in den Feindesländern - zu sichern, ließ der prozionistische britische Premierminister David Lloyd George, eine Erklärung verfassen, die mit den Vereinigten Staaten abgestimmt wurde. Der Außenminister Lord Arthur Balfour fasste die Erklärung der britischen Regierung, die am 31.10.1917⁶ vom Parlament verabschiedet wurde in folgende Worte:

His Majesty's government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country.

Inhaltlich fällt auf, dass es durch die jüdische nationale Heimstätte keine negativen Auswirkungen auf **bürgerliche** und **religiöse** Rechte anderer Gemeinschaften geben dürfe. Andererseits darf es auch keine Einschränkung von **Rechten** und dem **politischen Status** jüdischer Menschen in anderen Ländern geben. Das heißt für nicht-jüdische Gemeinschaften lassen sich daraus keine politischen Ansprüche auf Selbstbestimmung für die Zukunft ableiten.

Es war zu diesem Zeitpunkt nur eine Willenserklärung einer Weltmacht, ohne juristische Bedeutung. Dies änderte sich 1918 im Zuge der Entwicklungen nach dem Sieg der *Entente*-Mächte im 1. Weltkrieg.

⁴ Lord Balfour und David Lloyd George der damalige Premierminister Großbritanniens sind hier als Beispiele zu nennen. Vgl. Tom Segev (2000): One Palestine, complete. Jews and Arabs under the British Mandate, S. 36.

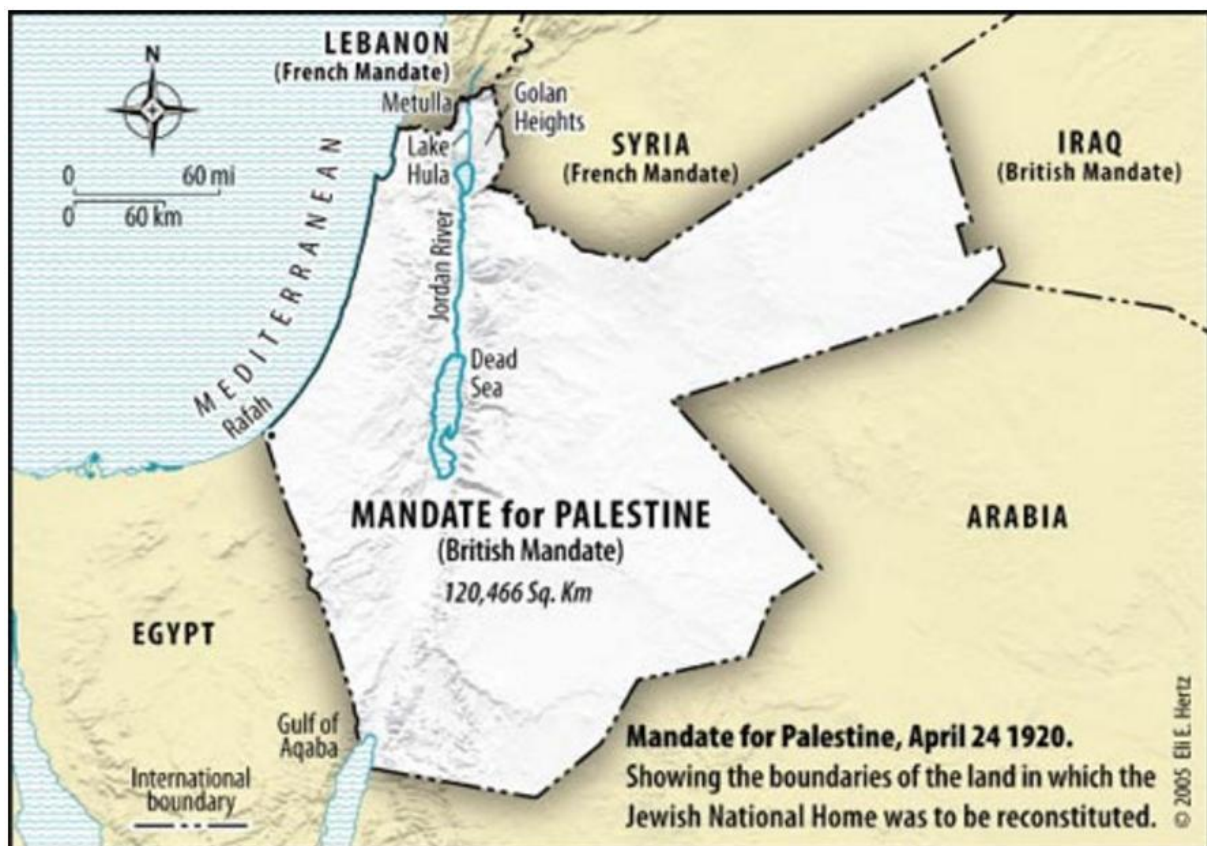
⁵ Man beachte: die Araber Palästinas kämpften nicht für Großbritannien, sondern auf der osmanischen Seite.

⁶ Siehe James Renton: Flawed Foundations: The Balfour Declaration and the Palestine Mandate, in Rory Miller, Hrsg. (2010): Britain, Palestine and Empire: The Mandate Years, S. 24.

Internationales Recht

In Folge der Pariser Verhandlungen und Verträge von 1920-21 ergaben sich gerade für die arabischen und zionistischen Ansprüche offene Punkte, die im Rahmen der *San Remo*-Konferenz 1920 geklärt werden sollten.⁷ Im Wesentlichen ging es um die Neuordnung des Nahen Ostens nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs. Auf der Basis der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson⁸ sollten Staaten geschaffen werden, die, anders als Kolonien, allein überlebensfähig sind. England und Frankreich sollten hier den Prozess des Staatsaufbaus begleiten.

Abbildung 1 zeigt eine Karte mit den Grenzen des britischen Mandats Palästinas, wie es 1920 auf der *San Remo*-Konferenz für den zu gründenden jüdischen Staat vorgesehen waren.



Quelle: http://www.mythsandfacts.org/conflict/mandate_for_palestine/mandate_for_palestine.htm

Abbildung 1: *San Remo*-Konferenz. Grenzen Mandatspalästinas.

Die anliegenden Staaten Ägypten, Arabien, Irak, Syrien und Libanon waren als arabische Staaten vorgesehen, um auch diesen Interessen gerecht zu werden.

1921 entschied sich Großbritannien aus eigenen politischen Gründen als Mandatsmacht für Palästina, das Mandat in einen jüdischen und einen arabischen Teil aufzuspalten. Dadurch wurden fast 80% des zu gründenden jüdischen Staates in arabische Hände gegeben. Der größere Teil sollte der haschemitische Abdallah bin Hussain als Emir von Transjordanien⁹

⁷ Siehe Cynthia D. Wallace (2012): Foundations of the international rights of the Jewish people and the State of Israel. And the implications for the proposed new Palestinian state, S. 4.

⁸ Ein wesentlicher Punkt war das Selbstbestimmungsrecht von Völkern.

⁹ Vorläufer des heutigen Königreichs Jordanien.

erhalten. Im Rahmen des Mandats war Großbritannien als Mandatsmacht dazu berechtigt, wenn die Erfüllung des Mandatsziels anders nicht erreichbar war.¹⁰ Die zionistische Bewegung protestierte gegen die Entscheidung, allerdings ohne Erfolg.

Abbildung 2 zeigt die Auswirkungen dieser Entscheidung.



Quelle: http://www.mythsandfacts.org/conflict/mandate_for_palestine/mandate_for_palestine.htm

Abbildung 2: Mandat für Palästina. Finale Soll-Grenzen für den jüdischen Staat.¹¹

In der Konsequenz wurden alle jüdischen Siedlungen in Trans-Jordanien aufgelöst und die jüdische Bevölkerung Palästinas durfte nur noch westlich des Jordans wohnen. Andererseits wurde arabische Einwanderung nach Palästina zu keiner Zeit durch die britische Mandatsmacht begrenzt oder gar ein Bevölkerungsaustausch durchgeführt.¹² Durch diese Teilungsentscheidung hat es sich eingebürgert mit „Palästina“ nur noch den Teil Palästinas westlich des Jordans zu beschreiben. Der Teil Palästinas der zu dieser Zeit nach internationalem Recht in Gänze für den jüdischen Staat vorgesehen war.

Hier stellt sich die die Frage, ob Großbritannien durch diese Entscheidung am Anfang im Sinne des Auftrags als Mandatsmacht handelte.¹³ Die Zielsetzung des Mandats für Palästina findet sich in Artikel 2¹⁴

¹⁰ <http://www.jewishvirtuallibrary.org/text-of-the-balfour-declaration> (08.05.2017).

¹¹ 1923 wurden die Golan-Höhen von den Briten abgetrennt und dem französischen Mandat für Syrien übertragen.

¹² Zu den Regeln jüdischer Einwanderung mehr in Teil 2.

¹³ Juristisch war Großbritannien im Recht. Fraglich ist, ob es mit der Teilung im Geiste seines Auftrags handelte Voraussetzungen für eine jüdische Heimstätte zu schaffen.

¹⁴ Vgl. League of Nations (1922): Mandate for Palestine. Article 2.

The Mandatory shall be responsible for placing the country under such political, administrative and economic conditions as will secure the establishment of the Jewish national home, as laid down in the preamble, and the development of self-governing institutions, and also for safeguarding the civil and religious rights of all the inhabitants of Palestine, irrespective of race and religion.

Die Zielsetzung des Völkerbunds ist hier noch deutlicher als die Absichtserklärung Großbritanniens in der *Balfour*-Erklärung bezüglich der Errichtung einer jüdischen nationalen Heimstätte: aus **wohlwollend sehen** (*view with favour*) wurde **wird sicherstellen** (*conditions as will secure*).

Gleichzeitig sollen auch die bis dato geltenden bürgerlichen und religiösen Rechte aller Bewohner Palästinas geschützt werden. Wieder werden für nicht-jüdische Gruppen keine separaten Rechte auf politische Selbstbestimmung abgeleitet.

Für den Völkerbund war klar, dass es sich dabei um eine Wiederherstellung¹⁵ jüdischer Souveränität in der Gegend handelte, nicht um etwas Neues oder Fremdes.

Die Vereinten Nationen übernahmen diese Verantwortung des Völkerbunds mit Ihrer Gründung, wie es in Artikel 80 der Charta der Vereinten Nationen steht¹⁶:

[...] nothing in this Chapter shall be construed in or of itself to alter in any manner the rights whatsoever of any states or any peoples or the terms of existing international instruments to which Members of the United Nations may respectively be parties.

Folgen für Heute und die Zukunft

Großbritannien hat in Folge seiner Versprechen an Juden und Araber vom Völkerbund¹⁷ das Mandat für Palästina und das Mandat für Mesopotamien erteilt bekommen. Im Fall von Palästina, das für die Errichtung einer jüdischen Heimstätte vorgesehen war, entschied sich das *Empire* dafür rund 80% zu Gunsten der Araber abzutrennen und damit Trans-Jordanien zu gründen. Dazu wurde arabische Masseneinwanderung nach Palästina ermöglicht und jüdische Siedlungen in Trans-Jordanien aufgelöst.

Durch die Flüchtlingskrise in Europa seit 2015 wird deutlich welche Veränderungen Masseneinwanderungsbewegungen mit sich bringen. Mit Blick auf das Mandats-Palästina trifft das sowohl auf jüdische wie auch arabische Gruppen zu.

Jüdische Gruppen fühlten sich übervorteilt, dass sie nicht nach Trans-Jordanien ziehen durften, während Araber ungehindert nach Palästina einwandern durften.

Arabische Gruppen, die seit Jahrhunderten in Palästina ansässig waren, fühlten sich durch die internationalen Entscheidungen und wachsende jüdische Einwanderung herausgefordert.

Inwiefern das immer noch geltende Mandatsrecht¹⁸ nach Einreichen einer palästinensischen Klage gegen Großbritannien herangezogen wird bleibt abzuwarten.

¹⁵ Siehe Vgl. Cynthia D. Wallace (2012), S. 12.

¹⁶ Artikel 80 Absatz 1 der Charta der Vereinten Nationen.

¹⁷ Vorläufer der Vereinten Nationen.

¹⁸ Gültig insofern als noch keine UN-Resolution, de facto sichere und international anerkannte Grenzen für den jüdischen Staat schaffen konnte.

Fakt ist: Großbritannien hat es nicht geschafft die vom Mandat vorgesehenen Grenzen für den jüdischen Staat (heute: Israel), wie in Abbildung 2 dargestellt oder ähnlich sicherzustellen.

Weitere Entscheidungen mit Folgen für Gegenwart und Zukunft folgen in Teil 2 und 3.